

Von:
Gesendet:
An:

Freitag, 12. Dezember 2025 00:06

Cc:

Betreff: [Grids Package] Ersteinschätzung 4ÜNB zur EU-Netzplanung
Signiert von:

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 10. Dezember 2025 hat die Europäische Kommission ihr Grids Package vorgestellt, darunter einen Vorschlag zur grundlegenden Neuausrichtung der europäischen Netzplanung im Rahmen der TEN-E-Verordnung. Während wir begrüßen, dass die Europäische Kommission den Netzausbau politisch priorisiert und beschleunigen möchte, sehen wir in den Vorschlägen des Grids Package insbesondere im Themenfeld der europäischen Netzplanungsprozesse starke Elemente der Zentralisierung, die wir als problematisch einordnen. Gerne möchten wir deshalb bereits erste relevante Punkte aus Sicht der 4ÜNB mit Ihnen teilen.

Der Vorschlag der Kommission verlagert zentrale Planungs- und Entscheidungskompetenzen von den Mitgliedstaaten bzw. den bislang mandatierten europäischen Verbänden auf die EU-Institutionen (EU-KOM und ACER). Konkret vorgesehen sind:

- ein auf die europäischen Energie- und Klimaziele fokussiertes, und von der Kommission per delegiertem Rechtsakt festgelegtes "Central Scenario" als Grundlage für sämtliche europäische Planungs- und Kostenteilungsprozesse; auch die nationalen Pläne sollen im Einklang mit dem europäischen Szenario erstellt werden;
- verbindliche Leitlinien von ACER zur Ermittlung der Infrastrukturbedarfe, einschließlich Länder-interner Verstärkungen, sofern diese als grenzüberschreitend relevant gelten. Diesen Vorschlag sehen wir besonders kritisch, da er dazu führen kann, nationale Zuständigkeiten bei der innerdeutschen Netzplanung durch europäische Vorgaben zu unterlaufen;
- ein Needs-Matching-Prozess unter Leitung der Kommission, der vorzeichnet, wie zur Adressierung der identifizierten Bedarfe Projekte vorgeschlagen werden sollen und der die Kommission ermächtigt, bei ausbleibenden Vorschlägen der TSOs Projekte öffentlich für Dritte auszuschreiben;
- hinsichtlich Kostenteilung eine Stärkung des CBCA-Mechanismus, u.a. durch Integration von Elementen aus der ACER CBCA Recommendation (z.B. zur Bündelung von Projekten sowie durch eine Veröffentlichungspflicht für CBCA-Entscheidungen);
- die Einbehaltung von bis zu 25 % der Engpasserlöse der europäischen Marktkopplung, zurückzustellen für Investitionen in weitere PCI-Projekte (womöglich für Projekte außerhalb des eigenen Netzbereichs). Eine Methodik, wie die Erlöse schließlich verwendet werden, soll laut Kommissionsvorschlag ebenfalls durch einen delegierten Rechtsakt geklärt werden.

Besonders bedenklich ist, dass die EU-Kommission zentrale Elemente per delegiertem Rechtsakt festlegen will. Dadurch erhält sie faktisch alleinige Entscheidungsmacht, ohne eine angemessene Einflussnahme der Mitgliedstaaten sicherzustellen. Dies wirft grundlegende Fragen zur Legitimität und zur Balance zwischen europäischer Steuerung und nationaler Verantwortung auf. In Summe sehen wir, dass sich nationale Aspekte, Planungshoheiten und etablierte Verfahren, einschließlich der nationalen Netzentwicklungspläne, bei Umsetzung der Kommissionsvorschläge in zentralen Punkten europäischer Steuerung unterordnen werden müssen.

Zudem sind Risiken für die praktische Umsetzung abzusehen. Ein verbindliches, zentral vorgegebenes europäisches Szenario kann nationale Zielpfade und Bedarfslagen nur begrenzt abbilden. Die vorgesehene Absenkung des Schwellenwerts für als signifikant geltenden „cross-border impact“ von PCI-Projekten von 500

auf 200 MW könnte darüber hinaus einen deutlich größeren Teil nationaler Infrastruktur in europäische Entscheidungsprozesse verlagern.

Es ist grundsätzlich kritisch zu sehen, dass weitreichende Planungselemente – ohne technische Analysen – per Mandat einer europäischen Institution in nationale Planungsprozesse verbindlich einfließen sollen.

Elemente, die den Planungs- und Implementierungsprozess aus Sicht der ÜNB hingegen wirkungsvoll stärken können, sind die folgenden:

- Stärkere Harmonisierung der NECPs und Qualitätssicherung durch die Kommission für eine konsistenter Datenbasis.
- Eine frühzeitige Genehmigung der Szenarien (durch ENTSO-E erarbeitet) durch die EU-Kommission für erhöhte Planungssicherheit im weiteren Prozess.
- Eine Neuaustrichtung der Regional Investment Plans (RegIPs) als Bindeglied zwischen den identifizierten Systembedarfen und Projektmeldungen für den TYNDP. Die RegIPs könnten zu einem Monitoring der im TYNDP ermittelten Systembedarfe mit Infrastrukturplanungen auf regionaler Ebene weiterentwickelt werden.
- Regionale Planung grundsätzlich in den Fokus setzen: Die Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten (und ggf. Drittstaaten) einer Region ist die richtige Ebene, um die Planung von Energieinfrastrukturen über Grenzen hinweg abzustimmen. Denn nur auf dieser Ebene können die Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Projekten ausreichend bewertet, und zusätzliche regionale Vorteile und spezifische Bedingungen berücksichtigt werden, die über eine pauschale Socio Economic Welfare-Analyse hinausgehen (z. B. Sicherheitsbelange, Versorgungssicherheit, Netzrestriktionen, Bereitschaft für ungewöhnliche Wetter-Situationen, geringere Abhängigkeit von der Einfuhr fossiler Brennstoffe). Ein Top-Down-Mechanismus durch eine zentrale Institution kann dies nicht leisten. Die TEN-E-Regionalgruppen sowie die bestehenden High-Level-Groups können hier koordinierend wirken.
- Die Energy Highway-Initiative der EU-Kommission könnte dazu geeignet sein, infrastrukturelle Flaschenhälse zu beheben. Neben der gezielten Förderung von Leuchtturmprojekten sollte die Initiative zusätzlich relevante Regionen in den Fokus nehmen. Hierzu zählen insbesondere die weitere Offshore-Erschließung des Nord- und Ostseeraums.

Gerne stehen wir für eine Diskussion zu diesen und weiteren Themen des Grids Packages zur Verfügung.

Freundliche Grüße, auch im Namen der Kolleginnen und Kollegen in Cc

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]



Elia Group
Heidestraße 2 • 10557 Berlin

50hertz.com



Strom zum Anfassen
Der Podcast mit Hertz und Hirn

JETZT
ANHÖREN!